

EINFÜHRUNG IN DIE POLITIKWISSENSCHAFTEN

S. RYFFEL

INHALTSVERZEICHNIS

1. Grundlagen der Politikwissenschaft	2
1.1. Einleitung	2
1.2. Was ist Politikwissenschaft?	4
2. Ablauf empirisch-analytischer Forschung: Die theoretische Ebene	4
2.1. Logik und Ziele	4
2.2. Spielregeln	4
3. Ablauf empirisch-analytischer Forschung: Die empirische Ebene	5
4. Politische Systeme	5
4.1. Grundmodelle politischer Ordnung	5
4.2. Pluralismus und Monismus	6
4.3. Gewaltenteilung	7
5. Politische Systeme	7
5.1. Begriff und Teile des politischen Systems	7
5.2. Typologien politischer Systeme	8
5.3. Das demokratische System	8
5.4. Das parlamentarische Regierungssystem	9
5.5. Einheitsstaatliche und föderative Systeme	11
6. Wahlen	12
6.1. Funktionen von Wahlen	12
6.2. Wahlsysteme	12
6.3. Verhalten der Wahlberechtigten	13
6.4. Verhalten der Politiker	16
6.5. Effekte verschiedener Wahlsysteme	18
7. Instrumente der direkten Demokratie	18
7.1. Direktdemokratische Instrumente der Demokratie	18
7.2. Verbreitung und Funktion direktdemokratischer Instrumente	19
7.3. Analytische Typologie zu Referenden und Initiative	20
7.4. Funktion und Wirkung unterschiedlicher Referenden	21
7.5. Funktion und Wirkung von Volksinitiativen	22
7.6. Verhalten von Stimmberechtigten und Politikern in Abstimmungen	22
8. Parteien	23
8.1. Definition	23
8.2. Verfassungsrechtliche Verankerung	23
8.3. Funktionen	23
8.4. Typologisierung	23
8.5. Volksparteienkonzept nach Kirchheimer	24
9. Interessengruppen und soziale Bewegungen	25

9.1.	Interessengruppen: Charakteristika und Funktionen	25
9.2.	Einfluss der Interessengruppen	26
9.3.	Grundstrukturen intermediärer politischer Systeme	27
9.4.	Soziale Bewegungen	27
9.5.	IGs und SBs im Zeichen der Internationalisierung und Öffentlichkeitsdemokratie	28
10.	Das Parlament	28
10.1.	Definition Parlamentarismus	28
10.2.	Parlamentarische und präsidentielle Regierungssysteme	29
10.3.	Opposition	29
10.4.	Parlamentsfunktionen	29
10.5.	Konzept der Repräsentation	29
10.6.	Parlamentarismus in Deutschland	29
11.	Die Regierung	33
11.1.	Funktionen	33
11.2.	Regierungsstrukturen	33
11.3.	Regierungschef	33
11.4.	Minister	33
11.5.	Kabinetts	34
11.6.	Ministerien	34
11.7.	Prägefaktoren des Regierens	34
11.8.	Regierungstechnik, Politikprogramme	35
11.9.	Politikfeldanalyse	36
12.	Die Judikative	37
12.1.	Der Rechtsstaat	37
12.2.	Verfassungsgerichtsbarkeit – Organisation und Typen	38
12.3.	Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland, Österreich und der Schweiz	39
12.4.	Die politische Wirkung des Verfassungsgerichts	40
13.	Internationale Beziehungen	41
13.1.	Charakteristika des internationalen Systems	41
13.2.	Analyseebenen	41
13.3.	Akteure	41
13.4.	Die Grosstheorien der internationalen Beziehungen	41
13.5.	Internationale Ordnung	42
14.	Die Schweiz im globalen Kontext	42
14.1.	Die Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern	42
14.2.	Die Schweiz im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Abgrenzung	43
14.3.	Aussenpolitische Anpassungsprozesse	43
14.4.	Ausblick	44

1. GRUNDLAGEN DER POLITIKWISSENSCHAFT

1.1. Einleitung.

1.1.1. Was ist Politik?

Soziales Handeln, das auf *allgemein verbindliche Entscheidungen* und Steuerungsmechanismen abzielt, die das *Zusammenleben von Menschen regeln*.

Soziales Handeln: in direkter Verbindung mit anderen Menschen

Politisches Handeln: Soziales Handeln, welches auf allgemein verbindliche Handlungsvorgaben abzielt.

Breites Verständnis des Politischen: keine Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre.

Bereiche des Politischen:

Policy: politische Inhalte: WORUM geht es?

Aufgaben, Ziele, Programme

Politics: politische Prozesse: Was passiert? WIE wird gehandelt?

Polity: politische Strukturen: WORIN wird gehandelt?

Organisation, institutionelle Strukturen

Phänomene der Politik:

Macht: eigenen Willen auch gegen Widerstand durchsetzen, Gewaltandrohung

Wahrnehmung:

objektive Wirklichkeit: hier handeln Menschen

Perzeptionswirklichkeit: individuelle oder gruppenspezifische Wirklichkeit, kann selektiv oder verzerrt sein

Normen: mögliche Verhaltensweisen in sozialen Situationen, akzeptierte und vertretene Vorstellungen

Kommunikation: Austausch von Information

1.1.2. Was ist ein Staat?

Staatsformen

Souveräner Territorialstaat: Bestandteile:

- Territorium, klare Grenzen, von anderen Staaten respektiert
- Souveränität im Innern, klare innere Hierarchie
- Anarchie der Staaten

Stadtstaaten: territorial definierte Grenzen, Souveränität im Innern fragmentiert, nach aussen wie Territorialstaat

Städtebünde: kein in sich geschlossenes Gebiet, lose Konföderation

Tätigkeitsfelder

- Staatenbildung, Unterwerfung von Rivalen
- Kriegsführung
- Schutz, Verbündete beschützen
- Ressourcen eintreiben
Herrscher sind auf starke Armeen angewiesen, Bürger fordern Gegenleistungen
- Konfliktlösung
- Verteilung
- Produktion

Eigenschaften

- Nationalismus:
kulturelle und ethische Homogenität verstärkt Legitimation der Regierung
- Territorialität:
Autonomie, Gewaltmonopol, Souverän im Innern
- Souveränität:
Hoheitsanspruch von Staaten
Kontrolle staatlicher Organisation über grenzüberschreitende Transaktionen
- Wohlfahrtsstaaten:
Förderung des wirtschaftlichen Wachstums
Verteilung von Wohlstand

1.2. Was ist Politikwissenschaft?

Wissenschaftliche Beschreibung und Erklärung politischer Phänomene.
Richtungen

empirisch-analytisch:

- objektive und werturteilsfreie Beschreibung und Erklärung der politischen Welt
- logische Analyse, empirische Tests

hermeneutisch:

- subjektives Verstehen und Interpretation von Informationen
- "Welche Bedeutung verband der Urheber mit dem zu Verstehenden?"

normativ:

- Bewertung politischer Phänomene
- "Wie sollte die politische Welt aussehen?"

positiv:

- reale Welt werturteilsfrei beschreiben und erklären

1.2.1. *Politwissenschaftlich relevante Fragen.*

Jede wissenschaftliche Arbeit muss mit einer Frage beginnen.

2. ABLAUF EMPIRISCH-ANALYTISCHER FORSCHUNG: DIE THEORETISCHE EBENE

2.1. Logik und Ziele.

- logische konsistente und empirisch bestätigte Aussagen über bestehende politische Zusammenhänge
- sinnvolle Verbindung von Theorie und Empirie
- generalisierbare Zusammenhänge finden

2.2. Spielregeln.

Nachvollziehbarkeit: Arbeiten sollten überprüfbar sein

- verstehbar, auf logische Konsistenz prüfbar
- empirisch durch andere bestätigbar

Ehrlichkeit:

- keine Datenmanipulation (zB. Verfälschung, weglassen)
- Quellen zitieren
- empirisch nicht bestätigte Theorien publizieren

bestmögliche Methoden: Theorie und Methoden gut wählen

...

3. ABLAUF EMPIRISCH-ANALYTISCHER FORSCHUNG: DIE EMPIRISCHE EBENE ausstehend

4. POLITISCHE SYSTEME

4.1. Grundmodelle politischer Ordnung.

Begriff: Vorstellungsinhalt, dessen Vergegenwärtigung oder Benutzung durch die Nennung eines oder mehrere Worte ausgelöst werden kann.

beschreibt:

- Merkmale des Vorstellungsinhalts
- bestimmte Gegenstände mit diesen Merkmalen

Funktionen:

- Ordnungsfunktion: legt Betrachtungsperspektive auf Gegenstand fest.
- Kommunikationsfunktion: lösen idealerweise gleichen Vorstellungsinhalt aus.
- Bewertungsfunktion: wertende Beschreibung.
- Apellfunktion:

Beobachtungsbegriff: empirischer Referend ist beobachtbar

theoretischer Begriff: nicht unmittelbar erfassbar, muss Operationalisiert werden

Variablen: besondere Begriffe

Typologie: den Ausprägungen entsprechende Kombinationen von Variablen

Realtypen: kommen vor

Idealtypen: gedankliche Konstrukte

Durchschnittstypen:

Merkmalsraum: graphische Umsetzung einer Typologie

4.1.1. Eine Typologie politischer Systeme. Variablen:

- Herrschaftsstruktur: monistische, gewaltenteilend
- Willensbildung: monopolisiert, konkurrierend
- Gestaltungsanspruch: unbegrenzt (politisches System greift in alle Lebensbereiche ein), begrenzt

Sechs Grundmodelle politischer Ordnung

Variable	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Typ 5	Typ 6
Herrschaft	monistisch	monistisch	monistisch	monistisch	gewaltenteilend	gewaltenteilend
Willensbildung	monopolisiert	monopolisiert	konkurrierend	konkurrierend	konkurrierend	konkurrierend
Gestaltungsanspruch	unbegrenzt	begrenzt	unbegrenzt	begrenzt	unbegrenzt	begrenzt

4.1.2. Elemente totalitärer Ordnungen.

Extremtyp politischer Ordnung

eschatologischer Politikbegriff: Wahrheit wird definiert (Partei hat immer Recht, politische Religion)

Organisationsstrukturen

- hierarchisch strukturierte Massenpartei, Diktatur der Parteiführung, durchdringt ganzen Staatsapparat
- Monopol der Massenmedien:
- Zentrale Lenkung der Wirtschaft: Planwirtschaft
- Gewaltmonopol:

4.1.3. *Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.*

Pluralismus

Gewaltenteilung

Verantwortlichkeit der Regierung vor dem Parlament

Opposition

Unabhängigkeit der Gerichte

4.1.4. *Transformation politischer Systeme.*

Veränderungen von politischen Systemen im Merkmalsraum abbildbar

Variablen sind stetig

4.2. **Pluralismus und Monismus.**

4.2.1. *Pluralismus.*

Definition: Grundsatz der legitimen Vielfalt.

- deskriptiv: Berücksichtigung verschiedener Gruppen mit ungleicher Macht
- normativ: Forderung, dass die Vielfalt in politische Inhalte fließen kann

Elemente

- Mensch als interessengeleitetes gemeinwohlorientiertes Wesen
- Gemeinwohl nicht definiert, Ergebnis eines Prozesses, regulative Idee
- Legitimität gesellschaftlicher Heterogenität
- Konkurrenzdemokratie

Neopluralismus

- *unstreitiger Sektor*, Konsens: Grund- und Menschenrechte
- *streitiger Sektor*, Dissens: politische Gestaltung

4.2.2. *Monismus.*

Definition: Negation des Pluralismusbegriffs

Elemente

- Menschenwürde mit Voraussetzungen verknüpft
- Gemeinwohl von oben herab definiert
- gesellschaftliche Heterogenität schädlich, illegitim
- keine politische Auseinandersetzung

verschiedene Konzeptionen

- Rousseaus demokratiethoretische Variante: Verdrängung von Sonderinteressen durch das Gemeininteresse
- Hegels konservative Variante: König repräsentiert Allgemeinwillen

- Carl Schmitts Freund- und Feindschema: Konstituierung homogener Gesellschaft

4.3. Gewaltenteilung.

Definition: Aufteilung der Staatsaufgaben auf sich gegenseitig beeinflussende Organe.

nicht nur Gewaltentrennung, sondern Gewaltenschränkung

Funktion

- Sicherung individueller Freiheit: Begrenzung, Hemmung und Kontrolle staats-politischer Macht.
- fördert Systemstabilität und Systemrationalität. Berücksichtigung verschiedener Lösungswege.

4.3.1. Klassische Gewaltenteilung.

- *ständische Gewaltenteilung, Montesquieu*
 - Einteilung in Volk (Legislative, Kammer 1), Adel (Legislative, Kammer 2) und König (Exekutive)
 - gegenseitige Kontrollbefugnisse, Hemmkompetenzen
 - Judikative nicht als staatliche Gewalt
- *Funktionale Gewaltenteilung: Die federalist Papers*
 - checks and balance
 - Einteilung in Parlament, Regierung, oberster Gerichtshof
 - Beteiligung aller gesellschaftlichen Klassen
 - *realistisches Menschenbild:* wenn die Menschen Engel wären, bräuchten wir keine Regierung → Gewaltenteilung

4.3.2. moderne Konzeption der Gewaltenteilung.

- verschiedene Teilungslehren der Gewaltenteilung
 - horizontale (staatsrechtliche) Gewaltenteilung:** aufteilung der Staatsorgane in Exekutive, Legislative und Judikative
 - vertikale (föderale) Gewaltenteilung:** Aufteilung der Macht nach dem Subsidiaritätsprinzip: föderale Struktur aus Bund, Kantonen, Gemeinden
 - temporale Gewaltenteilung:**
 - konstitutionelle Gewaltenteilung:** Rechtsstaat, politische Institutionen
 - dezisive Gewaltenteilung:** verschiedene konkurrierende politische Organisationen (Parteien, Vereine, Verbände)
 - soziale Gewaltenteilung:** niemand darf von der politischen Partizipation ausgeschlossen sein.

5. POLITISCHE SYSTEME

5.1. Begriff und Teile des politischen Systems.

Politisches System: Gesamtheit aller Institutionen, mittels derer und innerhalb derer allgemein verbindliche Entscheidungen und Regeln getroffen und umgesetzt werden

Regierungssystem: Jener Teilbereich des politischen Systems, durch den das politische System als Ganzes gelenkt und kontrolliert wird

5.2. Typologien politischer Systeme. Wir unterscheiden zwischen demokratischen und autokratischen Regierungssystemen, welche üblicherweise Teil eines demokratischen oder autokratischen politischen Systems sind.

Kriterien

- demokratisches System
 - demokratische Legitimation der Regierung
 - parlamentarisch, präsidentiellen, schweizer
- autokratisches System
 - autoritäre Diktatur
 - totalitäre Diktatur
- Anzahl Machtzentren
- funktionale und territoriale Gewaltenteilung

5.3. Das demokratische System.

Volkssouveränität: der obersten Ordnung

Verfassung: normative Verfassung, regelt politische Wirklichkeit, garantiert Freiheitsrechte

normative Verfassung: regelt politische Wirklichkeit

nominalistische Verfassung: nur im Rechtssinne gültig

semantische Verfassung: Niederschrift der politischen Wirklichkeit

freie Wahlen: Grundstein der Demokratie

Majorz-Wahl: Mehrheitswahl: Verstärkungseffekt (regierungsfähiger), minderheitenfeindlich,

absolut: Nur Kandidaten mit absolutem Mehr gewinnen Mandat, eventuell mehrere Wahldurchgänge.

relativ: Kandidat mit den meisten Stimmen gewinnt Mandat. Ungerecht, Mangel an Pluralismus

Proporz-Wahl: Verhältniswahl: spiegelbildlicher, chancengleicher

ingeschränkte Proporz-Wahl: Erfordernis eines Grundmandats, mind. Prozentsatz oder

Gewaltenteilung: Kluft zwischen Repräsentanten und Repräsentierten,

- kurze Funktionsperioden
- Vermeidung von Ämteranhäufung
- politische Elite als offene Gruppe
- kollegiale Organstruktur
- kleinere, regionale Teileinheiten
- Kontrollen: rechtliche, politisch, finanziell

5.3.1. Konkurrenz- vs. Konkordanzdemokratie.

Konkurrenzdemokratie:

- Konkurrenz von Regierung und Opposition
- nur möglich mit fairem, gewaltfreien politischen Streit

Konkordanzdemokratie:

- Proporzsystem
- Zwang zum Kompromiss, Konsens
- kemmt zT notwendige Reformen
- keine aktive Kontrolle der Akteure durch Wähler

5.4. Das parlamentarische Regierungssystem.

Parlamentarismus: setzt nur ein Parlament (vom Volk gewählte öffentliche Vertretung) voraus. Dieses hat Befugnisse der Gesetzgebung und Kontrolle.

Typisches für parlamentarische Regierungssysteme:

- Ergebnis einer stufenweisen Demokratisierung
- Regierungsauflösung: Rücktrittsverpflichtung der Regierung bei Misstrauensvotum, schafft demokratische Legitimierung, (Rücktritt des Regierungschefs, Vertrauensfrage)
- Parlamentsauflösung durch die Regierung
- konstruktives Misstrauensvotum: Regierung wird nur gestürzt, wenn gleichzeitig neue gewählt wird.
- Rahmenbedingungen der Regierungsbildung
 - rechtliche Regelung: oft Ernennung der Regierung durch Staatsoberhaupt und Bestätigung durch Parlament, oder Parlamentswahl
 - Bei Auflösung des vorhergehenden Kabinetts: Schuldprinzip, Majoritätsprinzip, Pluralitätsprinzip, Plebiszitäres Prinzip (Partei mit grösstem Wachstum), Gravitationsprinzip (Partei der Erfolg am meisten zugetraut wird)
 - Reaktion des Staatsoberhauptes bei unbegründeter Kabinettsauflösung: Ersuchen auf Rücknahme, Vertrauensfrage, Wiederbeauftragung der Regierung
 - Parteienstruktur
 - * Zweiparteiensystem: dominierende Parteien, andere bei Mehrheitswahlen bedeutungslos, Regierungsbildung einfacher
 - * Vielparteiensystem: oft mit Prozentklausel
 - Rollenverteilung zwischen Parlament, Staatsoberhaupt und Regierungschef:
 - * Staatsoberhaupt stellt Regierung zusammen, die am wahrscheinlichsten vom Parlament angenommen wird.
 - * designierter Regierungschef bildet Kabinett (Minister, Vorsitz des Kabinetts)
 - * Koalitionsvertrag zwischen Parteien

5.4.1. Das schweizer Regierungssystem.

- ist Direktorialregierung, Allparteien- oder Proporzregierung, Konsensdemokratie
aber kein Misstrauensvotum, fixe Amtszeiten, Kollegialprinzip
- Parlament: Zweikammersystem mit National- (Volkvertretung) und Ständerat (Vertretung der Kantone)
- Bundesrat: oberste vollziehende und leitende Behörde. Von der Bundesversammlung gewählt. ziemlich unabhängig vom Parlament
- demokratische Legitimierung des Bundesrats nur mangelhaft. dafür Kontrolle durch ausgebaute direkt Demokratie
- Proporz-System: da nur sieben Regierungsmitglieder, wirken sich kleinere Mandatsverschiebungen nicht aus (Zauberformel)

daher: kein Allparteienregierungs-system sondern Konkordanzdemokratie

- Mangel an Opposition und Kontrolle (Misstrauensvotum)
 - oppositionelle Kontrolle beim Volk durch Abstimmungen
 - Volksinitiativen und Referenden auch als Mittel der kleinen, Nichtregierungsparteien
 - Opposition innerhalb von Regierungsparteien (zB Kantonalparteien)
 - Wirtschaftsverbände quer durch Parteigrenzen

5.4.2. *Das präsidentielle Regierungssystem der USA.*

USA ist ein dualistisches (parlamentarisch-präsidentielles) Regierungssystem.

- präsidentiell: Staatspräsident ist zugleich Chef der von ihm gebildeten Regierung.
- Parlament hat faktisch Gesetzgebungshoheit.
- executive leadership: Trend zur Vormachtstellung der Exekutive, welche am meisten Gesetzesentwürfe vorlegt.
- Kongress als Zweikammersystem, vom Volk gewählt
 - Repräsentantenhaus: (435 Sitze)
Mandatsdauer: 2 Jahre, Wiederwahl möglich, häufiger Wählerkontakt
 - Senat (100 Sitze, 2 Senatoren pro Staat)
hat mehr gewicht als Repräsentantenhaus, da Zuständigkeit zur Zustimmung zu Staatsverträgen und höheren Beamten und Bundesrichtern
- Funktionen des Kongresses:
 - Gesetzgebung: Entwurf (manchmal vom Präsidenten), Behandlung, Abstimmung,
 - Kontrolle der Exekutive:
 - * Ausschüsse, zB Untersuchungsausschüsse
 - * unabhängige Verwaltungsbehörden: dem Kongress unterstellt, Präsident hat keine Organisationshoheit über nicht von der Verfassung eingeräumten Kompetenzen.
 - * Geldbewilligung:
 - Verfassungsgebung, Staatsklagen, ...
- Opposition: inexistent, dafür andere Interessengruppen und Lobbies
- Präsident
 - Wahl: Wahlmännerkollegium, direkte Volkswahl
 - auf 4 Jahre, 2 mal wieder gewählt, oder ein mal wenn vorher als Vizepräsident mehr als zwei Jahre Nachfolger vom Präsident.
 - executive powers: Ausführung der Gesetze, vom Kongress vorherbestimmbar
 - Ernennung einiger höheren Funktionäre und Bundesrichter, Begnadigungsrecht, Vetorecht gegenüber Gesetzen des Kongresses
 - Aussenpolitik: weitreichende Macht mit Oberkommando über Streitkräfte (ohne Kongress) und völkerrechtliche Verträge

- "inherent powers": notwendige, aber nicht von der Verfassung vorgeschriebene Befugnisse. Werden verschieden ausgelegt → Supreme Court

5.5. **Einheitsstaatliche und föderative Systeme.** Ein föderales System ist ein System, in dem ein Gesamtstaat mehrere Gliedstaaten umfasst.

Verbindungsgrad	System	Beschreibung
gering	Alianz	Lockerer Bund von Staaten
	Staatenbund, Konföderation	
	Staatenverbund	zB EU
	Bundesstaat	zwei Staatliche Ebenen herrschen über gleiches Gebiet und Volk. Es gibt Handlungsbereiche, in denen beide unabhängig entscheiden. Verfassungsrechtliche Garantie für Selbständigkeit
hoch	Dezentralisierter Einheitsstaat	zB Frankreich, GB
	Zentralisierter Einheitsstaat	zB. DDR

5.5.1. Typologie innerhalb föderativer Systeme.

Art der Kompetenzverteilung: zwischen Supra- und Subsystemen.

- Trennsystem: unterscheidliche, nicht überlappende Kompetenzen
- Mischsystem: Kompetenzen überlappen, meist unübersichtlich und konsensbedürftig

Kompetenzen:

- unterschiedlich Regelungs- und Verwaltungsbefugnisse
- in der Verfassung aufgezählt
- Recht des Gesamtstaates bricht Recht der Gliedstaaten

Finanzverfassung: unendlich viele Ausgestaltungsmöglichkeiten

systeminterne Heterogenität bzw. Homogenität: unterschiedliche Fläche, Bevölkerungszahl, Wirtschafts- und Finanzkraft der Subsysteme

Beteiligung der Subsysteme: an der Politik der Suprasysteme

- Bundesratsprinzip: (häufig bei Mischsystemen) Regierung sendet Repräsentanten der Gliedstaaten in zweiter Parlamentskammer
- Senatsprinzip: (häufig bei Trennsystemen) Volk wählt Repräsentanten in zweite Parlamentskammer

intermediäre Strukturen: verbinden Gesellschaft mit Suprasystem (zB. Parteien, Interessengruppen, Medien)

- vertreten Interessen der Gesellschaft
- schaffen realen Politikverbund durch zivilgesellschaftliche Teilhabe
- integrieren Bevölkerung

5.5.2. Vor- und Nachteile.

Vorteile:

- Wahrung von Vielfalt
- regional differenzierte Politik, Minderheitenschutz
- Entlastung der Supraebene, Entscheidungen vor Ort
- vermehrt Ansatzpunkte politischer Partizipation

Nachteile:

- reaktionsträge durch erhöhte Kompromissbedarf
- unübersichtliche Staatstätigkeit
- Versickern von Verantwortung, zT legitimationsfreies Handeln
- problematisch bei grenzüberschreitendem Handeln

6. WAHLEN

Das Kennzeichen einer Demokratie.

6.1. Funktionen von Wahlen.

(1) Kontrollfunktion:

- Staatsapparat nicht gegen Willen der Bevölkerung
→ Ausübung der Staatsgewalt an zeitbeschränktes, politisches Mandat gebunden

(2) Legitimationsfunktion:

politische Entscheide werden durch die Bevölkerung freiwillig mitgetragen.

Wahlrechtsgrundsätze

- (1) Allgemeines Wahlrecht: jeder urteilsfähige Staatsbürger darf wählen
- (2) Gleiches Wahrecht: jede Stimme zählt gleichviel
- (3) Freies Wahlrecht: freie Entscheidung
- (4) Geheimes Wahlrecht

6.2. Wahlsysteme.

6.2.1. Mehrheitswahlrecht.

absolutes Mehr: Kandidat braucht mehr als die Hälfte aller Stimmen, mehrere Wahlgänge

einfaches Mehr: Kandidat mit den meisten Stimmen gewinnt

Probleme

- Bevölkerungsgrösse, räumliche Einteilung:
Wahlkreise gleich gross
- Wahlkreisgeometrie:
Gerrymandering, aktive Wahlkreisgeometrie: Grenzen werden zu gunsten einer Partei gezogen.
passive Wahlkreisgeometrie: durch Bevölkerungsverschiebung wird Partei bevorzugt.

Nachteil:

bedeutende Minderheiten nicht vertreten.

6.2.2. *Verhältniswahlrecht.*

Mandate werden proportional zu erhaltenen Stimmen vergeben.

Typen:

Listenwahl:

mit gebundenen Listen:

mit freien Listen: Kandidatenvorschläge der Parteien können verändert werden.

streichen von Kandidaten

kummulieren: streichen und ersetzen durch neuen Kandidaten gleicher Liste, neuer erhält zwei Stimmen

panaschieren: Kandidaten mit einem einer anderen Liste ersetzen.

Probleme

- Ausgestaltung der Wahlkreise
- genug Mandate,
- künstliche Hürden
 - Mindestprozentsatz

6.2.3. *reale Wahlsysteme.*

Das Wahlsystem des deutschen Bundestags "personalisierte Verhältniswahl"

- alle haben zwei Stimmen:
- *Erststimme* Ebene Wahlkreis, Direktmandate
 - ein Abgeordneter pro Wahlkreis mit einfachem Mehr
- *Zweitstimme:* Ebene Bundesland
 - gleich viele Abgeordnete wie Wahlkreise
 - Verhältniswahl mit gebundenen Listen
 - 5%-Klausel, Parteien müssen mindestens 3 Direktmandate haben

Das Wahlsystem des österreichischen Nationalrates

- Verhältniswahlrecht mit gebundenen Listen und Präferenzangabe
- 183 Abgeordnete, 43 Wahlkreise
- Proportionalitätsausgleich: Korrektur von bundesweiten Verzerrungen
- kompliziertes, mehrstufiges System
- 4%-Klausel

Das Wahlsystem des schweizerischen Nationalrates

- Verhältniswahlrecht mit freien Listen
- 200 Nationalratssitze, nach Bevölkerungsstärke auf Kantone verteilt
- keine Sperrklausel

6.3. **Verhalten der Wahlberechtigten.**

6.3.1. *Drei Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens.*

Ansätze stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern beleuchten verschiedene Aspekte.

(1) *Der sozial-strukturelle Ansatz*

- bestimmende Faktoren:

- sozialdemografische Eigenschaften
 - Gruppenzugehörigkeit: Familie, Religion, Freunde, Wohnort
 - Variablen strukturell gegeben, konstant
 - Kritik:
 - (a) untheretisch, beschreibend, Erklärungskraft?
 - (b) Ansatz zu statisch, um Entwicklungen zu erklären
 - (c) Ansatz methodisch schwach, Operationalisierung, Validität, Reliabilität
- (2) *Der sozial-psychologische Ansatz*
- bestimmende Faktoren:
 - primär Parteiidentifikation
 - Interesse an Politik
 - Einstellung zu Themen
 - Eltern als primäre Sozialisationsagenten
 - Identifikationswechsel möglich:
 - neu entwickelte Einstellung
 - sozialer Druck durch Veränderung der Lebensweise
 - altersbedingte Veränderung: tendenziell konservativer
 - nationale Krisen, Generations-Effekte
 - Kritik:
 - Parteiidentifikation nicht hinreichend konzeptualisiert
 - Erhebung der Parteiidentifikation und Wahlentscheid tautologisch.
 - Übertragbarkeit auf andere Parteiensysteme als USA nicht immer erfolgreich.
- (3) *Der ökonomische Ansatz*
- bestimmende Faktoren
 - Nutzungsüberlegungen, Eigeninteressen
 - keine Parteibindung, Loyalität
 - Kritik:
 - Menschenbild: Eigeninteresse als einzige Motivation
 - Verhalten vielschichtiger: Moral, Ideologie, Solidarität
 - rationale Wahlentscheide
 - Mehrheit zu wenig informiert

6.3.2. Wahlteilnahme, Wahlbeteiligung.

Wieso ist die Wahlbeteiligung in Deutschland und Österreich zwischen 1945 und heute konstant 70% und in der Schweiz auf unter 50% gesunken? Eine geringe Wahlbeteiligung kann zu Verzerrungen im Wahlergebnis führen.

(1) *Erklärungen des sozial-strukturellen Ansatzes*

Einflüsse:

- *Geschlecht*: ab 1995 stimmen mehr Männer als Frauen
- *Alter*: je älter, desto eher Wähler
- mehr materielle Güter zu verteidigen
- junge bevorzugen Unterschriftensammlungen, Demos
- *Einkommen, Bildung*: je höher Einkommen, Bildung, desto eher Wähler

je höher Einkommen, desto wichtiger Politik
gebildete politisch interessierter, informierter

- *Wohngegend*: Stadt - Land
 - 1. These: städtische Gegenden mit Politik als gesellschaftlicher Konfliktmechanismus, Wahlaufwand kleiner
 - 2. These: Politik für städtische Gegenden abstrakter und unpersönlicher, geringere Wahlteilnahme früher ausgeglichen, heute Stadt 35%, Land 40%
- *Durchschnitts-Nicht-Wähler*: weiblich, 18–44 Jahre alt, unterdurchschnittlich gebildet, Städterin, arm

(2) *Erklärungen des sozial-psychologischen Ansatzes*

je höher Parteiidentifikation mit bestimmter Partei, desto eher Wähler

Einflüsse:

- *Elternhaus*: politische Bildung, Diskussion Mater - Mutter
- *Problemorientierung*: inhaltliche Bedeutung der Wahlkampfthemen für Wähler

Durchschnitts-Nicht-Wähler: nicht genau umschrieben, schwache Parteiidentifikation, politische Themen irrelevant,

(3) *Erklärungen des ökonomischen Ansatzes*

- *Wählerparadox*: Wieso wählen, wenn Millionen andere wählen und die eigene Stimme somit keinen Einfluss auf das Resultat hat. Somit gibt es keine rationale Wähler, sondern nur irrationale Wähler und rationale Nicht-Wähler.
- Wahl als Ausdruck politischer Präferenzen
- *Durchschnitts-Nicht-Wähler*: nicht genau umschrieben, Kosten der Wahlteilnahme übersteigt Nutzen.

6.3.3. *Wahlentscheid.*

Bundestagswahlen 2002, Extreme:

- (1) Sitzanteilsdifferenz zwischen SPD und CDU/CSU klein (SPD 3 Mandate mehr)
- (2) SPD kleine Regierungsmehrheit (9 Mandate)

Analyse der Wählerschaft von

SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands

CDU/CSU: Bündnis der christlich demokratischen und christlich sozialen Unionsparteien

FDP: Freiheitlich Demokratische Partei

Grüne:

(1) *Erklärungen des sozial-strukturellen Ansatzes*

- *Alter*:
 - *SPD*: konstant
 - *CDU/CSU*: nimmt mit Alter zu, konservativer
 - *FDP*: 25–34 Jährige
 - *Grüne*: 35–44 Jährige
- *Geschlecht*
 - *SPD*: Frauen, Emanzipation vor allem jüngerer Frauen
 - *CDU/CSU*: Männer

- *Religion*
 - *CDU/CSU*: praktizierende Katholiken, auch praktizierende Protestanten
 - *soziale Klasse*
 - *SPD*: Arbeiter, einfache Angestellte
 - *CDU/CSU*: keine statistischen Unterschiede
 - *FDP*: leitende Angestellte, Selbständige
 - *Grüne*: fast keine Unterschiede, aber weniger leitende Angestellte, Selbständige
 - Alter, Religion und soziale Klasse haben Erklärungsfaktor. Unterschied der Geschlechter in D und A grösser als in CH.
- (2) *Erklärungen des sozial-psychologischen Ansatzes*
- 90% der Anhänger von SPD und CDU/CSU haben eigene Partei gewählt
 - SPD → Grüne
 - CDU/CSU → FDP
 - insgesamt weniger Personen mit Parteipräferenz, Einstellung zu Sachfragen wichtiger
 - Kanzlersympathie
 - Bedeutung der Parteiidentifikation hat abgenommen
- (3) *Erklärungen des ökonomischen Ansatzes*
- *Hypothese*: Je schlechter die subjektive, allgemein wahrgenommene Wirtschaftslage, desto eher wählt jemand die Oppositionspartei.
 - rational: nicht präferierte, sondern kleineres Übel der beiden chancenreichsten Parteien
 - Empirie:
 - keine Bestätigung in der Schweiz, da keine klare Opposition
 - rationales Verhalten in Deutschland ausgeprägt: Erststimme an grosse Partei, Zweitstimme an Präferierte

6.4. Verhalten der Politiker.

6.4.1. Einfluss der Wahlen.

Politiker streben Wiederwahl an

Popularitäts-Faktoren:

- Persönlichkeit, Ausstrahlung
- nationale und internationale Politik und Wirtschaft
- nationale Wirtschaft, empirisch bestätigt

6.4.2. Regierungsverhalten und Politik im Wahlzyklus.

- Machtzyklus zwischen Regierung und Wähler
- Annahme: kurzfristiges Gedächtnis der Wähler
- Verhalten vor Wahlen:
 - sichere Wiederwahl:
 - ideologische Politik
 - nichts Unerwartetes
 - Wiederwahl nicht gesichert, Popularität erhöhen:

- * Produzenten gegenüber Konsumenten, Steuerzahlern bevorzugen:
langsam wachsende, einkommensschwache Bereiche mit vielen Angestellten (zB Landwirtschaft, Stahlindustrie . . .)
- * Investitionen mit unmittelbarem Nutzen und verschleierten, verzögerten Kosten

politische Konjunkturzyklen

Elemente:

Wahlberechtigte: wählen bei momentaner Zufriedenheit Regierung, sonst Opposition

Regierungspartei: will Wiederwahl, beeinflusst Arbeitslosenquote über Fiskalpolitik

wirtschaftliches System: Phillips-Kurve: Arbeitslosenquote kann auf Kosten einer höheren Inflationsrate kurzfristig gesenkt werden.

Erwartungsbildungshypothese: erwartete Inflationsrate hängt von der tatsächlichen und der erwarteten der Vorperiode ab.

Modell: Abbildung 1

- *nach der Wahl:* Punkt D
Inflation droht zu steigen
→ restriktive Wirtschaftspolitik
→ Erhöhung der Arbeitslosigkeit
- *1. Jahr der neuen Legislaturperiode:* D → A
hohe Arbeitslosigkeit
Inflationsrate sinkt
- *2. Jahr:* A → B
Arbeitslosigkeit wieder sinkend
Inflationsrate sinkt
- *3. Jahr:* B → C
Arbeitslosigkeit deutlich gesenkt
Inflationsrate kaum erhöht
- *Wahljahr:* C → D
Senkung der Arbeitslosigkeit
zeitlich verzögerte Erhöhung der Inflation

Wenn die Wahlberechtigten lernfähig sind, kann Zyklus nicht unendlich wiederholt werden.

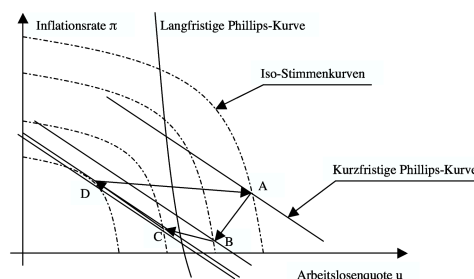


ABBILDUNG 1. Inflationsrate und Arbeitslosenquote

6.5. Effekte verschiedener Wahlsysteme.

	Mehrheitswahlrecht	Verhältniswahlrecht
Wahlberechtigte		
Zielperspektive der Wahl	Entscheidung für/gegen die Regierungspartei	Entscheidung für einen repräsentativen Agenten
Zeitperspektive der Wahl	rückblickend und/oder vorausschauend	vorausschauend
Abbildung der Wählerpräferenzen	Verzerrt	Unverzerrt
Politiker		
Wahlkampfstrategie	überbrückende Strategie	Bindende Strategie
Abhängigkeit von den Wahlberechtigten ihres Wahlkreises	Hoch	Niedrig
Abhängigkeit von ihrer Partei	Niedrig	Hoch
Parteien und Parteiensystem		
Wahlchancen kleiner Parteien	Niedrig	Hoch
Etablierungschancen neuer Parteien	Niedrig	Hoch
Charakter des Parteiensystems	Tendenz zu Zweiparteisystem	Tendenz zu Mehrparteisystem
Regierung		
Charakter der Regierung in parlamentarischen Regierungssystemen	Meist Einparteieregierung	Meist Koalitionsregierung (seltener Minderheitsregierung)
Stabilität der regierungstragenden parlamentarischen Mehrheit	Hoch, da meist deutliche und parteipolitisch einheitliche Mehrheit	Niedrig, da meist geringe und parteipolitisch gesplante Mehrheit
Zuordbarkeit der politischen Verantwortung	klar der Regierungspartei zuordbar	Nicht klar einer der Parteien der Regierungskoalition zuordbar
Chancen auf häufige Macht- und politischen Richtungswechsel durch Wahlen	Hoch	Niedrig
Politische Repräsentation der Gesellschaft		
Sicherung der Repräsentation von Minderheiten im politischen Prozess	Niedrig	Hoch

7. INSTRUMENTE DER DIREKTEN DEMOKRATIE

Möglichkeiten zur Beeinflussung der Politik neben den Wahlen.

7.1. Direktdemokratische Instrumente der Demokratie.

7.1.1. Direkte, repräsentative und halbdirekte Demokratie.

direkte Demokratie: es gibt kein Parlament, Volk beschliesst Gesetze, wählt Vollzugsbehörden und Richter

repräsentative, indirekte Demokratie: Volk wählt Vertreter ins Parlament

halbdirekte Demokratie: indirekte Demokratie mit der Möglichkeit, bestimmte Sachfragen der Volksabstimmung zu unterstellen.

7.1.2. *Direktdemokratische Instrumente.*

Das Referendum:

- Inkrafttreten eines Rechtsaktes verhindern
- bestehenden Rechtsakt nachträglich ganz oder teilweise aufheben
- obligatorische / fakultative Referenden
- ausserordentliches Referendum: Beschluss wird durch Parlamentsmehrheit der Volksabstimmung unterstellt
- Beispiele: Verfassungsreferendum, Gesetzesreferendum

Die Volksinitiative:

- Inkraftsetzung eines bestimmten Rechtsaktes
- richtet sich an Parlament, welches deren Inhalt beraten und abstimmen muss

Das Abberufungsrecht:

- Möglichkeit gewählte Behörden oder -mitglieder ihrer Funktion zu entheben
- Volksabstimmung, Erfolg Neuwahlen

7.2. **Verbreitung und Funktion direktdemokratischer Instrumente.**

7.2.1. *Verbreitung der direkten Demokratie — die Qualität.*

- 1850 – 1939
Schweiz als Vorreiter der direkten Demokratie aus Tradition der Landsgemeinden
- 1989
Ende der kommunistischen Herrschaft, neue Verfassungen weltweit exponentieller Anstieg von Volksabstimmungen

7.2.2. *Funktion der direkten Demokratie — die Qualität.*

Kontrollfunktion: politische Entscheidungen im Sinne der Mehrheit des Volkes

Legitimationsfunktion: hohe gesellschaftliche Akzeptanz

Unterschiede zu Wahlen:

- (1) bei Wahlen wird politische Macht weitergegeben, bei direkter Demokratie vom Volk ausgeübt
- (2) Wahlen in regelmässigen zeitlichen Abständen, direkte Demokratie zeitlich ungebunden

7.2.3. *Direkte Demokratie in Deutschland, Österreich und der Schweiz.*

Deutschland:

- keine direktdemokratische Elemente auf Bundesebene

Österreich:

- *Volksbefragungen:* Auf Antrag des Nationalrates werden dem Volk zwei Lösungsvorschläge für ein zukünftiges Gesetz unterbreitet. rechtlich nicht bindend

- *Voksabstimmung*: Referendum
obligatorisch: Gesamtänderung der Bundesverfassung, Absetzung des Bundespräsidenten
fakultativ: Teiländerung der Bundesverfassung auf Verlangen von 1/3 des Nationalrates; jeder Gesetzesbeschluss auf Verlangen einer Mehrheit des Nationalrates
- *Volksbegehren*:
 - Gesetzesinitiative von 100000 Stimmberechtigten
 - 1/6 der Stimmberechtigten aus drei Bundesländern
 - Einreichung eines ausformulierten Gesetzestextes

Schweiz:

- Musterstaat der halb-direkten Demokratie
- die meisten Beschlüsse sind einem Referendum unterstellt
- Referendum: 50000 Stimmberechtigte, 8 Kantone innerhalb von 100 Tagen
Volksmehr
- Volksinitiative: 100000 Stimmberechtigte, Aufhebung, Änderung, Neuschaffungen von Verfassungsartikeln
ausformuliert oder als Anregung
vom Bundesrat oder Parlament beraten und evtl mit Gegenvorschlag
Volks- und Ständemehr

7.3. Analytische Typologie zu Referenden und Initiative. vgl. Abbildung 2

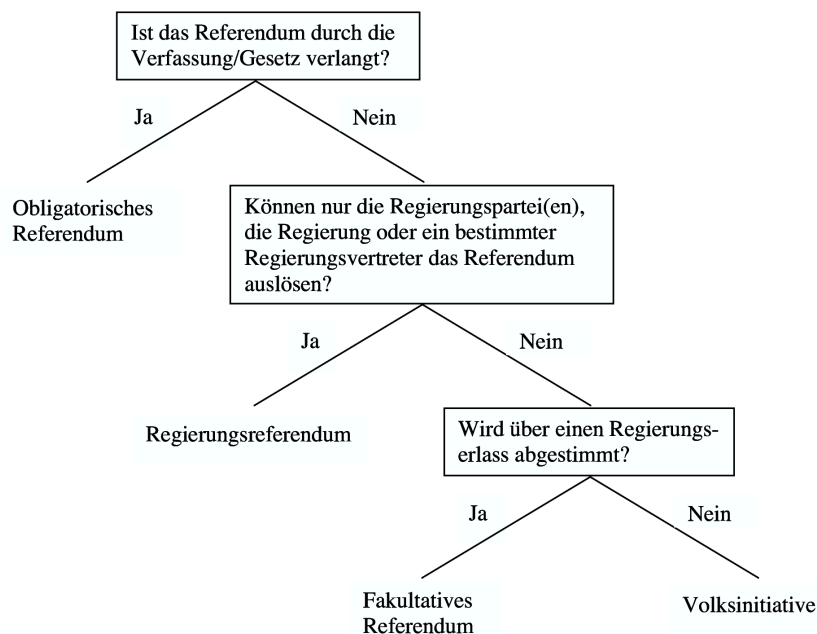


ABBILDUNG 2. Typologie direktdemokratischer Instrumente von Hug und Tsebelis

7.4. Funktion und Wirkung unerschiedlicher Rerefenden.

7.4.1. *Das obligatorische und fakultative Referendum.*

Auslöser eines fakultativen Referendums:

- Verhinderung der Inkrafttretung einer Parlamentsvorlage, welche Opposition schlechter stellen würde
- minimal winning-coalition: Akteure (zB Gesetzgeber) berücksichtigen eine möglichst kleine Interessengruppe, da Veränderungsgrad und Eigennutzen höchstmöglich

→ Risikoabwägung der Mehrkeitskoalition: Veränderung, Nutzen, Oppositionsstärke, Referendumsrisiko

Vorgehen der Mehrheitskoalition:

- jede Veränderung besser als Status quo
- Kompromiss mit Opposition: Erfolgswahrscheinlichkeit 50%

Logik des Referendums:

- (1) Risikoentscheidungen der Mehrheitskoalition: Whkeit eines erfolgreichen Referendums und Nutzen
- (2) Referenden begünstigen Verteidiger des Status quo, benachteiligt Reform- und Veränderungstendenzen
- (3) Es kommt zu Referenden, da Akteure unter Ungewissheit agieren:
 - Präferenz der Stimmbürger
 - Stärke der Opposition
 - Opposition an Referendumsdrohung gebunden
 - Referendum eines unbeteiligten Aussenseiters

Wirkung des Rerefendums:

- Innovationshemmend
- Integration: auch die einflussreichste Gruppe muss Kompromisse eingehen

7.4.2. *Das Regierungsreferendum.*

Auslöser:

- durch Staatsoberhaupt, Regierung, Regierungsparteien (kein Instrument der Opposition)
- Vergewisserung der öffentlichen Unterstützung
- Abbau von Spannungen innerhalb der Regierungspartei, Auslagerung des Entscheides

Risiko:

- Regierung muss Position beziehen
- Legitimationsverlust ↔ Legitimationsgewinn
- Ausgang unvorhersehbar:
 - Volksmeinung instabil wenn keine klare gesellschaftliche Konfliktlinie
 - abhängig von Meinungsführern
 - Eröffnung neuer Konfliktlinien
- Ausgang berechenbar:
 - bei ausgeprägter ideologischer Spaltung, Stärke abschätzbar

Ziele:

- polit-strategische Wirkung
- festigen der eigenen Haltung, Schwächen der Opposition
- Neuwahlen, Rücktritt bei Niederlage

7.5. Funktion und Wirkung von Volksinitiativen.

7.5.1. Funktion und Wirkung der Volksinitiative.

- (1) Durchsetzung einer Forderung gegen die Behörden
legale Revolution
Durchschnittlicher Ja-Anteil: 30%
- (2) Indirekter Erfolg mit den Behörden:
Regierung und Palament erarbeiten Gegenvorschlag
ein drittel aller Volksinitiativen haben Auswirkung auf Gesetzgebung
- (3) Mobilisierung neuer politischer Tendenzen und Themen, Schwungrad
Themen ausserhalb der politischen Agenda der Regierung
Zwang zur politischen Neuorientierung
Legitimierung einer politischen Forderung
- (4) Selbstinszenierung
unbekannter Gruppen
Wahlhelfer kleiner Parteien (Parteiposition)

Entscheidungslogik:

- wie beim fakultativen Referendum
- Erfolgswahrscheinlichkeit, Veränderung
- Vereinigung möglichst vieler Konfliktlinien
- festlegung des Ziels: direkte oder indirekter Erfolg, hohe Innovation oder hohe Erfolgswahrscheinlichkeit

7.5.2. Funktion und Wirkung des Volksbegehrens in Österreich.

Unterschiede zur Volksinitiative:

- (1) Sammelzeit nur eine Woche
- (2) nicht automatisch vors Volk
- (3) Zwecke:
 - (a) Schwungrad
 - (b) Wahlhelferin

7.6. Verhalten von Stimmberechtigten und Politikern in Abstimmungen.

7.6.1. Verhalten der Stimmberechtigten.

Unterschiede zum Wahlverhalten

- grössere Schwankung der Teilnahme
- sozial-strukturelle Ansatz
 - Variable "Inhalt der Abstimmung": mobilisiert gewisse Bevölkerungsschichten, Parteien mobilisieren
- sozial-psychologischer Ansatz
 - Problemorientierung gleich oder wichtiger als Parteiidentifikation

- *ökonomischer Ansatz*
 - abstraktes Konzept kann auch für Abstimmungen

7.6.2. Verhalten der Politiker.

- Abstimmungen als strategisches Mittel zur schärfung des eigenen Profils, Positionsbezug
- auch Initiativen der Gegner nutzbar

8. PARTEIEN

8.1. Definition.

- auf Dauer angelegte organisatorische Vereinigungen
- Formulierung, Propagierung von politischen Interessen und Zielen
- stellen Funktionspersonal zur Umsetzung

8.2. Verfassungsrechtliche Verankerung.

- "verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung"
- wehrhafte Demokratie: Parteien können verboten werden

8.3. Funktionen.

<i>Funktion</i>	<i>Erläuterung</i>
Personalrekrutierung	Auswahl von Personen für politische Ämter
Interessenvertretung	Vermittlungsagentur zwischen gesellschaftlichem und politischem System
Interessenselektion	Auswahl von Interessen
Interessenaggregation	Interessenbündelung
Interessenartikulation	Äusserung und Einspeisung von politischen Interessen
Programmfunktion	Integration verschiedener Interessen zu einem Gesamtprogramm
Legitimation und Integration	Verankerung der politischen Ordnung im Bewusstsein der Bürger und der gesellschaftlichen Kräfte

8.4. Typologisierung.

<i>Variablen</i>	<i>Ausprägungen</i>
Organisationsgrad	<ul style="list-style-type: none"> • Wählerpartei, Honoratiorenpartei (mehr Wähler als Mitglieder) • Mitgliederpartei, Massenpartei
programmatische Ausrichtung	<ul style="list-style-type: none"> • Rechtsextreme Parteien nationalistisch, rechtsextrem • Konservative Parteien Bewahrung, Wiederherstellung • Liberale Parteien individuelle Freiheit • Christliche Parteien • Sozialdemokratische Parteien Leitbild: grundsätzliche Gleichheit aller Menschen • ökologische Parteien • Linksextreme Parteien Kommunismus
politischer Einzugsbereich	<ul style="list-style-type: none"> • Volkspartei • Interessenpartei
Stellung zum politischen System	<ul style="list-style-type: none"> • Systemkonforme Parteien • Systemfeindliche Parteien

8.5. Volksparteienkonzept nach Kirchheimer.

<i>funktionale Kriterien</i>	Volksparteienkonzept	<i>strukturelle Merkmale</i>
<ul style="list-style-type: none"> • entideologisiertes Programm • interner Ausgleich verschiedener Interessenlagen • soziale Heterogenität der Wählerschaft • 	weitere Bezeichnungen: <ul style="list-style-type: none"> • catch-all-party • • Allerweltpartei • multi-policy-party 	<ul style="list-style-type: none"> • demokratische Struktur des Parteiensystems • starker Parteiapparat und -Führung • differenzierte Organisation • untergeordnete Rolle des einzelnen Mitglieds
<ul style="list-style-type: none"> • Stimmenmaximierungsprinzip 		

<i>Pro</i>	<i>Diskussion</i>	<i>Contra</i>
<p>Volksparteien als angemessene Organisationsform mit weitgefassten Programmen als notwendige Konsequenz einer nicht polarisierten Gesellschaft.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dennoch existieren Unterschiede • Integration der Wählern • Parteienkonkurrenz, keine - feindschaft 		<p>Der Typus der Volksparteien verschleiert die realen gesellschaftlichen Bruchlinien durch theoretischen Pragmatismus.</p> <ul style="list-style-type: none"> • programmatische Grundsatzlosigkeit • Personalisierung der Politik • Status-quo-Orientierung der eigentumsorientierten Gesellschaft

9. INTERESSEGRUPPEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN

Akteure der intermediären Politik. (intermediär: zwischen Medien vermittelnder Akteur)

9.1. Interessengruppen: Charakteristika und Funktionen.

9.1.1. Was ist eine Interessengruppe.

- Vereinigung von Einzelpersonen (natürliche Personen) und Körperschaften (juristische Personen)
- beeinflussen politische Entscheidungen gemäss ihren Interessen
- klare interne Organisation
- Mitgliedschaft freiwillig
- Verein, Verband, Stiftung
- Teil der Zivilgesellschaft (öffentlicher Raum zwischen privater und staatlicher Späre)
- Kritik: stellen Partikularinteressen vor Gemeinwohl

9.1.2. Unterschiede zu Parteien.

- stellen keine Personen zur Wahl, kein Wahlkampf
- wirken auf vielen Ebenen indirekt auf Politik

9.1.3. Handlungsrepertoire.

- Beeinflussung von Politikern, öffentlicher Verwaltung
- Verbandsfärbung: Platzierung von Vertretern innerhalb von Parteien, Regierung, Parlament, Verwaltung
- Einspeisen von Information
- Bestechung
- Mobilisierung der öffentlichen Meinung
- Initiativen, Referenden

9.1.4. Funktionen nach aussen.

- Interessenselektion
- Interessenaggregation
- Interessenartikulation
- Kampf um Durchsetzung von Interessen

9.1.5. Funktionen nach innen.

- Initiative
- Sachverstand
- Kontrolle

9.1.6. Variablen der Empirischen Erfassung.

- *Art der Interessen:* materiell, ideell
- *Organisationsstruktur:* Mitgliederverbände, Dachverbände
- *Tätigkeitsbereich:*
 - Wirtschaft, Arbeit, Verbraucherschutz
 - soziale Wohlfahrt, Gesundheit, Familie, Jugendliche, Frauen, Senioren, Ausländer
 - Umwelt, Menschenrechte, Frieden, Religion, Heimatspflege
 - Kultur, Bildung, Wissenschaft
 - Freizeit, Sport

9.2. Einfluss der Interessengruppen.

9.2.1. Konzentration auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände.

- grosses politisches Gewicht
 - Information und Sachkompetenz
 - Druck auf Parteien, Öffentlichkeitsarbeit, Streiks
- Arbeitgeberseite besser organisiert
- Messgrössen des Einflusses
 - Streik Intensität: verlorene Arbeitstage pro 1000 Arbeitnehmer
 - Gewerkschaftsdichte: Netto-Mitgliedschaft in Gewerkschaften
 - Index von Nickell: policy-output von 1 (gering) bis 20 (gross)
 Grössen korrelieren nicht!

9.2.2. Theorie des kollektiven Handelns: Organisierbarkeit und Konfliktfähigkeit von Interessen.

Organisierbarkeit: Mobilisierung von Personen, Finanzen, Infrastruktur

- grosse Interessenkreise schwieriger zu mobilisieren
 - je grösser, desto heterogener
 - höherer logistischer Aufwand
 - Trittbrettfahrer (profitieren von kollektivem Gut, ohne beizutragen)
- Kerngruppe, beteiligt sich unabhängig davon, ob andere sich beteiligen
 - je kleiner, desto eher "kommt der Ball ins Rollen"
 - kleiner Personenkreis betreibt grossen persönlichen Aufwand
 - Mitgliederzahl muss wachsen
- selektive Anreize, nicht politisch, Nichtmitglieder ausgeschlossen zB Pannenhilfe, Zeitschriften
- Herdeneffekt: Je mehr Personen mitwirken, desto mehr werden angezogen

Konfliktfähigkeit: Beeinflussung von Entscheidungsträgern, anderen Interessengruppen

<i>Einfluss der Machtstruktur</i>	<i>Pluralismus</i>	<i>Neokorporatismus</i>
Einfluss der Wahlen	Gering	Hoch
Einfluss der IG	Hoch	Gering
Machtkonzentration	Gering	Hoch
Normatives Inputkriterium: Teilnahme und Einfluss möglichst vieler Gruppen	Erfüllt	Nicht erfüllt
Normatives Outputkriterium: Berücksichtigung allgemeiner langfristiger Interessen und der "have-nots"	Nicht erfüllt	Erfüllt

TABELLE 1. Auswirkung des Pluralismus und Neokorporatismus

- Politiker wollen Popularität, Wiederwahl
- grosse Mitgliederzahl, Übereinstimmung der Führung und Mitgliedern
- hohe ideelle und materielle Nutzererwartungen

9.3. Grundstrukturen intermediärer politischer Systeme.

9.3.1. *Pluralismus*. Idealtypus, IGs als intermediäre politische Akteure

- *Annahmen*
 - alle gesellschaftlichen Forderungen durch IGs gebündelt
 - Führung der IG vertritt Interessen ihre Basis
 - alle IGs gleichen Zugang zu politischen Entscheidungsträgern
- IGs erhöhen Partizipationsmöglichkeit
- IGs als Gegengewicht zu Regierung, Parlament, Parteien

9.3.2. *Neokorporatismus*. IGs konkurrieren, wie in einem Markt

- IGs wie Schiedsrichter mit Eigeninteressen
- zentralistisch organisiert
- Neokorporatismus Index von Kicks-Kenworthy: 7 Formen der wirtschaftlichen Kooperation
 - Zentralisierung der Kooperation zwischen Produzenten
 - Koordination bei der Festlegung der Löhne
 - Kooperation zwischen Regierung und IG
 - drei-parteilicher Korporatismus
 - Kooperation zwischen Investoren und Firmen
 - Kooperation zwischen Arbeitnehmerschaft und Management
- Index von Swank
 - gewerkschaftliche Organisationsdichte
 - Macht der gewerkschaftlichen Dachverbände
 - Koordination bei der Festlegung der Löhne
- in fortschrittlichen Ländern Trend zu Neokorporatismus

9.3.3. *Auswirkung des Pluralismus und Neokorporatismus*. siehe Tabelle 1

9.4. Soziale Bewegungen.

9.4.1. *Definition.*

- entstehen aufgrund einer spezifischen gesellschaftlichen Problemlage
- umfassen grosse Gruppe von Menschen
- geringer Zentralisierungsgrad, Hierarchie,
- partizipativ, flexibel, kurzlebig
- keine formelle Mitgliedschaft und Führung
- kein Verband, Verein
- politische Mittel: Versammlungen, Demonstrationen, Petitionen, unkonventionelle Mittel

9.4.2. *Abgrenzung zu IGs und Parteien.*

- verweigern Mitwirkung im politischen Machtkartell
- Phasen:
 - Thematisierung, Formulierung von Alternativen, Bildung einer organisatorischen Struktur
 - Etablierung der Bewegung
 - Auflösung
- kein direktes Lobbying, sondern "outside lobbying" über Beeinflussung der öffentlichen Meinung

9.4.3. *Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und dem Staat.*

- *Integration*
wenn SB grosse Wählerkreise mobilisieren können
- *Repression*
wenn Proteste zu Gewalt führen

9.5. **IGs und SBs im Zeichen der Internationalisierung und Öffentlichkeitsdemokratie.**

Öffentlichkeitsdemokratie: politische Prozesse zunehmend in der breiten Öffentlichkeit und weniger durch Parteien, Parlament usw

- Verhaltensrepertoire von SB und IG auf traditionellen Bahnen
- national dominierend
- IG: konzentrieren sich national und international auf inside lobbying
- SB: national, outside lobbying

10. DAS PARLAMENT

10.1. **Definition Parlamentarismus.** Eigenschaften des Parlament

- Vertretungskörperschaft der repräsentativen Demokratie
- Funktionen:
 - Wahlfunktion
 - Kontrollfunktion
 - Legislativfunktion
 - Kommunikationsfunktion
- exklusive, substantielle Rechte in politisch relevanten Bereichen
zB Gesetzgebung, Regierungskontrolle
- eigenständiges Machtzentrum in politischem Entscheidungsprozess

Parlamentarismus ist Oberbegriff verschiedener Regierungssysteme wie Präsidialsystemen, semipräsidentielle Systeme parlamentarischen Regierungssystemen oder verschiedenen Mischformen.

10.2. Parlamentarische und präsidentielle Regierungssysteme.

10.2.1. Mischformen.

Direktorialverfassung: zB Schweiz

???

semipräsidentielle Regierungssystem: viele Staaten Osteuropas

- Präsident
 - vom Wahlvolk gewählt
 - hat umfassende eigene Rechte
 - Exekutive in Präsident und Regierung aufgeteilt
- Regierung
 - vom Staatspräsidenten und Parlament abhängig
 - Regierungschef vom Staatspräsidenten ernannt
 - vom Parlament absetzbar
 - kan mit Präsidenten Parlament auflösen

10.3. **Opposition.** eine als legitim anerkannte politische Gegenkraft.
Oppositionsformen

kompetitiv: den Konflikt betonend
demonstration klarer Alternativen

kooperativ: den Kompromiss akzentuierend
Möglichkeit, eigene Vorstellungen einfließen zu lassen

10.4. Parlamentsfunktionen.

10.5. **Konzept der Repräsentation.** rechtlich autorisierte Ausübung von Herrschaftsfunktionen.

- (1) politische Führung
neue Themen auf politische Agenda
- (2) Responsivität
Anregungen aus Bevölkerung

Typologiesierung

trustee: grundsätzliches Vertrauensverhältnis zwischen Wähler und Vertreter

delegate: Vertreter an Wählerschaft rückgebunden: Weisungen, Kontrolle, Abberufung

politico: Mischung der Idealtypen

10.6. Parlamentarismus in Deutschland.

	parlamentarische	präsidientell
<i>Legitimationskette</i>	Wahlvolk → Parlament → Regierung nur Parlament vom Volk legitimiert	Wahlvolk → Präsident (*) Wahlvolk → Parlament (* zusätzlich Parlament → Regierung) getrennte Wahlen für Parlament und Regierung
<i>Gegenseitige Abhängigkeit Parlament – Regierung</i>	stark	schwach
Allgemein	Regierung von Vertrauen einer Parlamentsmehrheit abhängig. bei semi-parlamentarisch schwächer	Regierung nicht vom Parlament abhängig. Kontrolle über Budgetpolitik, Gesetzgebung
Kreation und Bestellung der Regierung durch das Parlament	gegeben	nicht gegeben
Abberufbarkeit der Regierung	gegeben	nicht gegeben (*)
Parlamentsauflösung	möglich	nicht möglich (*)
<i>Kompatibilität von Regierungsamtsamt und Parlamentsmandat</i>	unterschiedlich	untersagt
<i>Gesetzesinitiativrecht der Regierung</i>	Richtlinienkompetenz des Regierungschefs wird durch Parlamentsmehrheit unterstützt.	Gesetzgebung beim Kongress
<i>Vetorecht der Regierung</i>	nicht gegeben zT bei Ausgabengesetzen	gegeben
<i>Fraktionsdisziplin</i> (Zwang zu einheitlichem Abstimmverhalten innerhalb einer Fraktion)	ausgeprägt als Folge der engen Verbindung zwischen Regierung und der diese tragenden Parlamentsmehrheit	gering "interparlamentarische Dezentralisation"
<i>Funktionslogik, Konfrontationslinie</i>	Regierungsmehrheit, Regierung ↔ Opposition	Parlament ↔ Regierung (*) semi-präsidientell: Präsident (vom Volk gewählt) und Regierungschef (vom Parlament gewählt) teilen sich Exekutivmacht

(*) gilt für semi-präsidentielle und semi-parlamentarische Systeme

TABELLE 2. Parlamentarische und präsidientelle Regierungssysteme

<i>Funktion der Regierungsmehrheit</i>	Parlamentsfunktion	<i>Funktion der Opposition</i>
Konstitutionierung und dauerhafte Stützung der Regierung	<i>Kreation und Wahl</i>	personelle Alternativen
Regierungspersonal	<i>Rekrutierung</i>	alternatives Regierungspersonal
Mitsteuerung und Durchsetzung	<i>Gesetzgebung</i>	sachliche Alternative und Thematisierung
interne Mitsteuerung	<i>Kontrolle der Regierung</i> Intraorgan-, Sach-, Leistungskontrolle	öffentliche Kritik Interorgan-, Richtungskontrolle
(Mit)Steuerungsleistung und Integration der Wählermehrheit	<i>Repräsentation</i> <i>Kommunikation</i> <i>Legitimation</i>	Integration der Wählerminderheit

TABELLE 3. Parlamentsfunktionen

<i>Variable</i>	<i>linke Parlamentarismuskritik</i>	<i>rechte Parlamentarismuskritik</i>
Staatsverständnis	Staat als Ausschuss, der die gemeinschaftliche Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet.	Staat verfügt er eigene Dignität und steht als das Allgemeine über den Interessen und Parteien als dem Besonderen Schwatzbude
Wesen des Parlaments	Instrument der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Volkes	Schwatzbude
Funktion des Parlaments	„Verschleierung“ der wahren Machtverhältnisse im Staat	Verhinderung eines homogenen und einheitlichen Volkswillens
Instrumentalisierung des Parlaments	Parlament als Bühne für Agitation (intensive politische Aufklärungs- und Werbetätigkeit)	Parlament als Bühne für Agitation
Alternativen zum Parlament	sozialistische Demokratie, herrschaftsfreier Diskurs	Ersetzung oder Ergänzung durch ständisch geprägte Organisationen

TABELLE 4. Kritik am Parlamentarismus

10.6.1. Bundestag: Parlamentsorganisation.

Bundesrat (Vertretung der Länder) nicht Bestandteil des Parlaments, da nicht frei gewählt.

Fraktionenparlament: arbeitsteilige Strukturen, „Arbeitsgruppen“, „Arbeitskreise“

- Experten-Gremien der Fraktionen
- Meinungsführerschaft auf bestimmtem Gebiet

- *Vorteil*: Effizienz
- *Nachteil*: mangelnde Transparenz auf grund der Informalität

Fraktionsversammlung: zentrales Beschlussgremium der Fraktion

Plenum: zentrales Beschlussorgan des Bundestags

hier werden nicht Entscheidungen getroffen, sondern getroffene Entscheidungen der Ausschüssen nachvollzogen

ständige Ausschüsse: "vorbereitende Beschlussorgane"

Fachexperten der Fraktionen tauschen Argumente aus, Abstimmung über Beschlussempfehlung des Ausschusses an des Plenum

Präsidium des Bundestags: mit Bundespräsident an der Spitze

Leitung des Bundestagsitzungen

Repräsentation des Bundestags nach aussen

10.6.2. *Bundestagsabgeordnete: Urteile und Vorurteile. sinkendes Image der Politiker, Vorurteile:*

- fehlende Arbeitsmoral:
 - zB leeres Plenum: Hauptarbeit in Fraktionsarbeitsgruppen
 - 78 Stunden Arbeitszeit in Sitzungswochen
 - Bundestag mehr Arbeitsparlament als Redeparlament
- keine besonderen Fähigkeiten:
 - Bürger zu wenig informiert über Funktionslogik des Bundestags
 - unrealistische Erwartungshaltung
- zu viele Mitglieder im Bundestag
 - Argumente pro Verkleinerung:
 - * Effizienzsteigerung durch kleinere Gremien
 - * Vergrößerung der Wahlkreise tolerabel
 - * Zeichen gegen Parteienstaat
 - * Kostenersparnis
 - Argumente contra Verkleinerung:
 - * kleine Fraktionen nicht mehr in der Lage alle Gremien zu besetzen
 - * Vergrößerung der Wahlkreise führt zu Verlust an Bürgernähe
 - * Bundestag von der Grösse her im internationalen Durchschnitt
- zu viel Lohn, Entschädigungshöhe selber bestimmt
 - Durchschnitt 14052 DM monatlich, unter Richter am obersten Gerichtshof
- Abgeordnete dem Fraktionszwang unterworfen, kein freier Wille
 - Abgeordnete im Zwist zwischen Volksvertretung und Fraktionsdisziplin
 - Abgeordnete nicht machtlos, Einflussnahme nicht öffentlich
 - Abstimmungsniederlagen der Regierung Folge von gestörter Kommunikation
 - Wähler wertet Zerstrittenheit als Unsicherheit

11. DIE REGIERUNG

11.1. **Funktionen.** umfassende politische Führungsrolle

- Durchführungsfunktion
 - Gesamtleitung aller staatlichen Tätigkeiten, zB Exekutive
 - setzt stabiles politische System voraus: Administration, Zwangsgewalt, ...
- Steuerungsfunktion
 - handelt bei innen- oder aussenpolitischen Herausforderungen
 - zB. Planung, Förderung, Überwachung, Absicherung, Reform

11.2. **Regierungsstrukturen.**11.3. **Regierungschef.**11.3.1. *Legitimation.*

	<i>präsidentiell</i>	<i>semi-präsidentiell</i>	<i>parlamentarisch</i>
Regierungschef	vom Volk gewählt zugleich Staatspräsident Ernennung der Minister	Premierminister: wird vom Parlament gewählt, braucht Vertrauen von Staatsoberhaupt (vom Volk gewählt) und Parlament	Ministerpräsident vom Parlament gewählt Vorsitz im Kabinett

11.3.2. *Leistungen.*

- *Koordination* der Ministerien:
Sach-, Finanz-, Personalkonflikte
- wirkungsvoller Parteiführer
- gute Figur vor Massenmedien
- sonst wie Minister

11.4. **Minister.** Leiter der obersten Behörden (Ministerien), parlamentarisch kontrolliert oder eigenständig

	<i>präsidentiell</i>	<i>semi-präsidentiell</i>	<i>parlamentarisch</i>
Minister, Sekretäre	bilden keine Institution, Vertrauensverhältnis zu Präsident vom Präsident ernannt	bilden zusammen mit Regierungschef "Kabinett" oder "Regierung" vom Parlament gewählt	

11.4.1. *Leistungen.*

- *Überblick* über Problemlagen, Zusammenhänge, Bilanz zu bisherigen Politikansätzen
- *Rekrutierung* von Mitarbeitern
- *Autorität, Loyalität* von Mitarbeitern, und gegenüber Regierungschef
- *Beziehungen* zu Interessengruppen, Fachpolitikern im Parlament, Journalisten
- politische Ziele erreichen (Zeitdruck), Ansehen der Partei steigern

- Antwärter als Regierungschef

11.5. Kabinett.

11.5.1. Zusammenwirken.

Kabinettsprinzip: alle Regierungsmitglieder gleichrangig, Mehrheit entscheidet

Regierungschef mit herausragender Rolle: Präsident hat mehr Kompetenzen: Richtlinienkompetenz, Organisationsgewalt, . . .

11.6. Ministerien.

11.6.1. Arbeitsebene.

- "Durchführungsfunktion"
- Hierarchie: Minister, Ministerium / Staatssekretäre, Abteilung / Referenden, Sachbearbeiter, Referate
- Anweisungen von oben nach unten
- Berichtspflicht von unten nach oben
- Verantwortung beim Minister

11.6.2. Leitungsebene.

- "Steuerungsfunktion"
- verschiedene Besetzungsmöglichkeiten:
 - Regierungsmitglieder in Leitungspositionen
 - "persönliches Kabinett" mit Vertrauten des Ministers
- ist zentraler Angriffspunkt der Regierungskontrolle

11.6.3. Ämter.

- unterstehen den Ministerien
- setzen Regierungspolitik um, durch
- kommunale Selbstverwaltung der Ämter, Rechts-, Finanz-, und Fachaufsicht durch Ministerien
- Bsp für Verwaltungsstrukturen:
 - Ordnungsverwaltung, zB Polizei
 - Leistungsverwaltung, zB Sozialamt

11.7. Prägefaktoren des Regierens.

11.7.1. Struktur des politischen Systems. funktionslogisch stimmige Verfassungsstruktur

Ausprägung	Wirkung
pluralistisch	enge Grenzen der Steuerungsmöglichkeiten staatliche Machtmittel nach Belieben
monistisch	
präsidentiell	
semi-präsidentiell	
parlamentarisch	

11.7.2. technische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. "Überbau" muss mit "ökonomischer Basis" im Einklang sein.

11.7.3. *Gemeinwohlvorstellungen.*

- *liberale Wünsche*: wirkungsvoller, schlanker Staat → Ordnungspolitik, Regierung hält sich aus Konflikten heraus.
- *umverteilenden Sozialstaat, Daseinsvorsorgestaat*: → Interventionismus, kompliziertes Rechtssystem
 - Politikillusion: alle Probleme lassen sich durch politische Mittel lösen
 - politisches Versprechen eines Sozialstaats tönt gut, wird den hohen Ansprüchen aber nur selten gerecht.

11.7.4. *Takt der Wahlen.*

Dilemma: Regierende müssen Wahlen gewinnen und gleichzeitig Einsichtsmängel der Bürger in Rechnung stellen.

- unpopuläre Entscheide nach den Wahlen
- kurzfristige Einbusse an Steuerungseffizienz
- langfristig ist legitimitätsichernde Kompromissbildung gut

11.7.5. *Bundesstaatliche Strukturen.*

- erhöhen Frequenz der Wahlen
- Politikverflechtungsfalle: Interessenabhängigkeiten machen selbst dringende Änderungen unattraktiv.
- Politikblockaden: zB sozialdemokratisch geführter Bundestagsmehrheit steht Stimmenmehrheit unionsgeführtem Bundesrat mit Veto-recht gegenüber.

11.7.6. *Eigendynamik öffentlicher Meinung.*

- Berichterstattung der Massenmedien
- Vertrauen / Sympathie der Journalisten
- "publizistische Begleitung" politischer Akte

11.7.7. *Transnationale Verflechtung.* weltweit vernetzte Güter-, Dienstleistungs- und Finanzmärkte.

11.8. **Regierungstechnik, Politikprogramme.** Jeder Spitzenpolitiker muss seine persönliche Regierungstechnik finden.

11.8.1. *Ziele der Regierungstechnik.*

- Basis persönlicher Macht schaffen
 - Verankerung in der Partei, Mehrheit hinter sich, Beziehungspflege
 - Amtsgewalt ausserhalb des Obrigkeitsstaates nicht viel wert
- Amtspflichten erfüllen
 - Informationsbeschaffung aus Arbeitsebene, Abteilungen, Interessengruppen
 - Filterung der Informationen
 - Beratung
 - Entscheidung für die man kämpft
 - publizistische Begleitung

11.8.2. *Politzyklus.*

- (1) *Problemwahrnehmung*
 - Problem erkennen, auf Arbeitsplan setzen
 - oft schon im Wahlkampf thematisiert
 - als Folge vom Krisen
 - von Interessengruppen
- (2) *Vorabschätzung der Handlungsalternativen*
 - oft erforderliche Massnahmen politisch nicht machbar → symbolische Politik
- (3) *Programmbildung*
 - Planning-Programming-Butgeting: mittelfristige jährliche Finanzplanung
 - längerfristige Politikprogramme wegen Meinungskonjunkturen nur selten durchführbar
 - Praxis:
 - Fachpolitiker und sonstige Experten setzen erreichbare Ziele und Massnahmen fest
 - gesetzliche Regelungen werden von Ministerien vorbereitet.
 - Benötigte Finanzmittel werden bereitgestellt oder in nächsten Haushaltsplan des Ministeriums aufgenommen.
 - Programm wird “aufgelegt”: Interessengruppen informieren Nutzniesser,
- (4) *Programmvollzug, Implementierung*
 - neue Rechtsregeln administrativ anwenden
 - bürokratische Hürden beseitigen
 - Zusammenwirken mit Interessengruppen
- (5) *Wirkungskontrolle*
 - Berichtspflichten der vom Programm Begünstigten
 - Umfragen
- (6) *Politisches Lernen*
 - Oft beansprucht Lösung von neuen Problemen neue Führungskräfte zu sehr, als dass sie von den Fehlern ihrer Vorgängern lernen könnten.
 - Nur Regierung lernen so, Opposition findet Ansatz sowieso scheisse.
 - Hoffnung auf Lernprozesse möglichst *grosser Teile* der politischen Klasse bietet darum nur ein relativ *regelmässiger Programmwechsel*, mit trotzdem eher langen Amtszeiten.

11.9. **Politikfeldanalyse.**

Politikfeld: zB Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Wohnunbsgaupolitik, Agrarpolitik, Verkehrspolitik, Industrierpolitik, . . .

Politikfeldanalyse: Tatsachen-, Zusammenhangs- und Erklärungswissen, Prognosen

11.9.1. *Fragen der Politikfeldanalyse.*

- *Was tun Regierungen auf einzelnen Politikfeldern?*

- Prozesse, Ergebnisse politischer Beschlussfassung, Umsetzung
- *Warum tun Regierungen etwas?*
 - Denkweisen, Problemsichten, Problemdefinitionen
 - wer ist beteiligt: reale Akteursgruppen
- *Was sind die Folgen?*

Problemanalyse: nachvollziehende Fallanalyse

- (1) Situationsanalyse: was ist das Problem
- (2) Operationsanalyse: was könnte unternommen werden, was ist unternommen worden
- (3) Folgeabschätzung: Folgen und Nebenwirkungen der real möglichen Alternativen
- (4) Entscheidungsvorschlag

Fallanalyse: von grossem praktischen Wert

- (1) Was ist das Problem, Streitfall?
- (2) Welche Akteure aus welchen Politiknetzwerken sind beteiligt?
- (3) Was prägt das Handeln der Akteure?
Interessen, Ziele
- (4) Mittel der Akteure:
Gefechtswert, Verhältnismässigkeit
Langfristfolgen, Vorauswirkungen
- (5) Was hat sich entwickelt?
Prognosen, ist Problem gelöst

12. DIE JUDIKATIVE

12.1. Der Rechtsstaat.

12.1.1. *Die formellen Elemente des Rechtsstaates.*

- (1) *Legalitätsprinzip*
 - Bindung der staatlichen Gewalt an geltendes Recht.
- (2) *Gewaltenteilung*
 - Die drei Staatsgewalten kontrollieren, hemmen und setzen einander Schranken.
 - unabhängige Gerichte, nur an geltendes Recht gebunden
- (3) *Verfassungsgerichtsbarkeit*
 - Kontrolle des Parlaments, der Regierung
- (4) *Verwaltungsgerichtsbarkeit*
 - Kontrolle der Verwaltung
 - Verwaltung ist nicht demokratisch legitimiert

formeller Rechtsstaat: Rechtsstaatlichkeit ausschliesslich anhand formeller Elemente definiert.

- alle verabschiedeten Gesetze sind geltendes Recht
- meist durch *materielle Elemente* ergänzt

12.1.2. *Die materiellen Elemente eines Rechtsstaates.*

- (1) *Grundrechte:* inhaltlich grundlegende Rechte gegenüber dem Staat
 - Menschenrechte: stehen jedem Mensch zu. zB Freiheitsrechte
 - Bürgerrechte: sind an Staatsangehörigkeit geknüpft. zB Stimm- und Wahlrecht

- (2) *sozialer Ausgleich*: Sichern den Menschen ein Minimum an materiellen Grundlagen, damit dieser Grundrechte ausüben kann.

materieller Rechtsstaat: ist in rechtssetzender Handlungsfreiheit beschränkt, konkretisiert natürliche Rechte

12.1.3. *Rechtsstaat und Demokratie.*

- *Funktionszusammenhänge*:
Beide dienen der Beschränkung der Staatsmacht und der Legitimität staatlicher Entscheidungen.
- *Widerspruch*:
 - Mehrheitsrecht nicht uneingeschränkt gültig
 - Schutz des einzelnen vor der Mehrheit
 - materielle Grundlagen garantieren

12.2. **Verfassungsgerichtsbarkeit – Organisation und Typen.**

Verfassungsgerichtsbarkeit: Überprüfung staatlichen Handelns auf seine Übereinstimmung mit der Verfassung durch unabhängige Gerichte.

12.2.1. *Organisation der Verfassungsgerichtsbarkeit. Verfassungsgerichte:*

- besonderes Verfassungsgericht
- oberstes ordentliches Gericht

Richterliche Unabhängigkeit:

- Rechtssprechung nur an das Recht gebunden
- unabhängig gegenüber: Staatsorganen, gesellschaftlichen Mächten, Prozessparteien
- Richter:
 - Unvereinbarkeitsbestimmungen: Exekutive, Legislative, Verwaltung
 - lange Amtszeit
 - Wahlverfahren politisch bedeutsam, sehr unterschiedlich

12.2.2. *Haupttypen der Verfassungsgerichtsbarkeit.*

Selbständige Verfassungsgerichtsbarkeit: abstrakte Normenkontrolle

- Erlass wird auf Verfassungskonformität geprüft
- meist spezielles Verfassungsgericht
- bei Verfassungswidrigkeit wird Erlass
 - präventive Normenkontrolle**: ganz oder nur teilweise nicht in Kraft gesetzt
 - repressive Normenkontrolle**: aufgehoben
- "negativer Gesetzgeber"

Unselbständige Verfassungsgerichtsbarkeit: konkrete Normenkontrolle

- Erlass wird anlässlich eines konkreten Einzelaktes (Urteil, Verfügung) geprüft
- es kann mehrere Instanzen geben

- bei “diffusen Systemen” müssen oder dürfen alle Gerichte Gesetze prüfen, verfassungswidrige Gesetze werden nicht aufgehoben, sondern ignoriert.

12.3. Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

12.3.1. *Das Bundesverfassungsgericht in Deutschland.*

- Sitz in Karlsruhe
- zwei Senate
 - (1) Grundrechtssenat
Normenkontrolle und Verfassungsbeschwerden im Grundrechtsbereich
 - (2) Staatsrechtssenat
staatsrechtliche Beschwerden aller Art
Verfassungsbeschwerden gegenüber Behörden und Gerichte
- Wahl der je 16 Mitglieder
 - zur Hälfte vom Bundesrat und Bundestag indirekt gewählt
 - auf 12 Jahre, keine Wiederwahl, vollamtlich
 - min. 40 Jahre alt, Richter
- Funktionen:
 - Kontrolle der Gesetzgeber
 - Kontrolle der Behörden und Gerichten
 - Verfassungsstreitigkeiten staatlicher Organe
 - Anklage gegen den Bundespräsidenten, Bundes- oder Landesrichter
- *politischer Einfluss*: gross
 - selbständig, repressiv, konzentriert

12.3.2. *Verfassungsgerichtshof in Österreich.*

- Sitz in Wien
- 14 Richter, 6 Ersatzrichter
- vom Bundespräsidenten ernannt, auf Vorschlag von:
 - Präsident, Vizepräsident, 6 Mitglieder, 3 Ersatzmitglieder von Bundesregierung
 - 3 Mitglieder, 2 Ersatzmitglieder vom Nationalrat
 - 2 Mitglieder, 1 Ersatzmitglied vom Bundesrat
- Voraussetzungen:
 - Jurist, 10-Jahre Erfahrung, nebenamtlich
 - lebenslänglich, bis 70 Jahre
- Funktionen:
 - Kontrolle der Gesetzgeber
 - Kontrolle der Behörden und Gerichten
 - Verfassungsstreitigkeiten staatlicher Organe, Wahlprüfungen, Völkerrecht
 - Anklage gegen oberste Staatsorgane
- *politischer Einfluss*: gross
 - selbständig, repressiv, konzentriert
 - nebenamtlich schmälert Einfluss

12.3.3. *Das Bundesgericht in der Schweiz.*

- Sitz in Lausanne
- Hauptabteilungen:
 - 2 öffentliche Abteilungen
 - 2 zivilrechtliche Abteilungen
 - Kassationshof
 - Versicherungsrecht
Sitz in Luzern
 - Strafgerichtsbarkeit
Sitz in Bellinzona
- 30 hauptamtliche, 15 ordentliche, 15 ausserordentliche nebanamtliche RichterInnen
 - durch vereinigte Bundesversammlung gewählt
 - auf 6 Jahre, Wiederwahl
 - informelle Parteienproporz, Landessprachen
 - alle stimmberechtigten Schweizer zugelassen
- Funktionen
 - oberste Instanz für zivil-, verwaltungs-, und verfassungsrechtliche Beschwerden
 - Staatsverträge, Kantonsverträge
- *politischer Einfluss*: klein
 - unselbständige, diffuse Verfassungsgerichtsbarkeit
 - kein Einfluss auf Bundesgesetze!

12.4. Die politische Wirkung des Verfassungsgerichts.

12.4.1. *Wann hat das Verfassungsgericht politischen Einfluss und wann nicht? Modell:*

- Verfassungsgericht, Parlament, Regierung eigenständig, einheitlich, rational
- *stärkende Faktoren*
 - fragmentiertes politisches System bietet mehr Interpretationsspielraum
 - * Verfassungsgericht hat moderierende Funktion
 - * Richter werden von Regierung und Parlament gewählt, nicht grundsätzlich verschieden
 - neue, unerwartete politische Themen
 - * Parlament, Regierung noch keine Position
 - * Verfassungsgericht hat grossen Spielraum
- *schwächende Faktoren*
 - dezentralisierte Systeme

12.4.2. *Was bestimmt die Stärke der Verfassungsgerichtsbarkeit?*

- *Institutionelle Struktur und Position der Akteure im Gesetzgebungsprozess*
 - in institutionell fragmentierten Systemen einflussreicher
 - in ideologisch heterogenen Systemen einflussreicher
- *Vertikale Gewaltenteilung: Föderalismus*
 - föderalismus erhöht institutionelle Fragmentierung

- Streitigkeiten zwischen Gliedstaaten, und Bundesstaat als zusätzlichen Rechtsbereich
- *Rigidität der Verfassung*: Starrheit der Verfassung
 - rigide Verfassung stärkt Verfassungsgericht, da nicht einfach vom Parlament änderbar
 - beide Extreme sind Gefahr für Rechtsstaatlichkeit
- zusätzliche Punkte:
 - Staaten mit Verfassungskrisen in der Vergangenheit bilden starkes Verfassungsgericht
 - EU-Mitgliedstaaten haben starkes Verfassungsgericht, wegen Durchdringung mit europäischem Recht

13. INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

13.1. Charakteristika des internationalen Systems.

Souveränität: Staaten haben innerhalb ihres Staatsgebiets die absolute Macht über ihre Staatsbürger

Anarchie: Es gibt keine Autorität über dem Staat

Interdependenzen: Das Verhalten eines Staates wirkt sich auf das der anderen Staaten aus.

13.2. Analyseebenen.

Individuelle Entscheidungsträger: Auf dieser Ebene werden die Persönlichkeitsmerkmale, die Bildung, Herkunft etc. der politischen Entscheidungsträger analysiert

Rolle der Entscheidungsträger: Diese Menschen verfolgen in erster Linie die Interessen derjenigen Institutionen und Organisationen, denen sie angehören oder denen sie vorstehen.

Regierungsstruktur: Einfluss institutionelle Strukturen auf internationale Geschehnisse haben

Charakteristika der Gesellschaft: Größe, Ressourcen, Homogenität, Kultur etc. der Länder

Internationale Beziehungen: Sind sie ebenbürtig oder dominiert ein Staat den/die anderen? Ist ein Staat vom anderen abhängig? Grenzen die Staaten aneinander?

Weltsystem: Zahl von Supermächten bestimmt die Analyse (Hegemonialsystem, bipolares oder multipolares System)

13.3. Akteure.

MNC: Multinationale Unternehmen, zB UBS

IGO: Internationale Regierungs-Organisationen: UNO, NATO, WTO
Mitglieder der Organisation sind nationale Regierungen die ihre nationalen Interessen vertreten

NGO: Internationale Nicht-Regierungs-Organisationen
Mitglieder sind Individuen oder Gruppen (transnational actors), die ein gemeinsames Ziel verfolgen.

Supranationale Organisationen: zB EU

13.4. Die Grosstheorien der internationalen Beziehungen.

13.4.1. *Liberalismus / Idealismus.*

- Aussenpolitik als Folge von Prozessen im Innern
- positives Menschenbild: Macht als Mittel zum Zweck.
- "demokratischer Frieden": Demokratien führen seltener Krieg gegeneinander.
- friedliche Kooperation

13.4.2. *Realismus, Neo-Realismus.*

- militärische, wirtschaftliche, kulturelle Macht als Ziel
- Staaten als einheitliche, rationale Akteure, keine Betrachtungen des Innern
- militärische Gewaltanwendung als wichtigste Rückversicherung

13.4.3. *Politökonomische Analyse.*

- internationale Wirtschaftsbeziehungen

13.5. **Internationale Ordnung.**

13.5.1. *Balance of Power.* Die Macht ist so aufgeteilt, dass kein Staat alleine oder eine Koalition von Staaten den Rest der Staaten dominieren kann

multipolare Systeme: mehrere Grossmächte halten sich in Schach
multipolare Systeme können stabiler sein, weil:

- Konfliktausgang im internationalen System unsicher => Staaten vorsichtiger
- Grössere Wahrscheinlichkeit von cross cutting cleavages, was die Rigidität von Konflikten reduziert
- Ausrichtung der Staaten flexibler, da mehr Interaktionsmöglichkeiten
- Rüstungswettläufe schreiten aufgrund der wechselnden Allianzen langsamer voran

bipolare Systeme: zwei gleichgrosse Grossmächte
bipolare Systeme können stabiler sein, weil:

- beide Pole ein gemeinsames Interesse an einem globalen Gleichgewicht und haben die Kapazität dieses Ziel auch zu erreichen
- geringere Gefahr von Fehlkalkulation hinsichtlich Kapazitäten und Absichten des Gegners
- Eskalation kann leichter kontrolliert werden
- periphere Staaten sind kaum in der Lage das System zu destabilisieren

13.5.2. *Hegemonic Stability.* Ein einzelner Staat (Hegemon) hat die Macht, die "Spielregeln" aufzustellen.

14. DIE SCHWEIZ IM GLOBALEN KONTEXT

14.1. **Die Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern.**

14.1.1. *Politische und wirtschaftliche Freiheiten.*

Demokratisierung: vollständig demokratisiert
umfassende politische Freiheiten

wirtschaftliche Freiheiten: hohes Mass an wirtschaftlichen Freiheiten

14.1.2. *Wirtschaftliche Leistung.*

Pro-Kopf Einkommen: Fr. 60'000 pro Jahr. Eines der reichsten Länder der Welt

dank hoher Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit

Vorsprung eingebüsst: stagnierendes Wachstum, stark wachsende Arbeitslosigkeit

Human Development Index: Wirtschaft, Lebenserwartung, Bildung: siebten Rang

14.1.3. *Umweltschutz.*

hohen Stellenwert: fünfter Platz

14.1.4. *Verteidigung.*

Neutralität: kein expliziten Verlass auf Bündnispartner

Militärausgaben: eher gering

14.1.5. *Entwicklungszusammenarbeit.*

Solidarität mit ärmeren Ländern: im Mittelfeld

mit 0-0.4% des BIP unter von UNO angestrebtem Zielwert von 0.7%

14.2. **Die Schweiz im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Abgrenzung.**14.2.1. *Verflechtung der Schweiz mit ihrer Aussenwelt.*

Wirtschaft: stark aussenorientiert

Finanz-, chemische und pharmazeutische Industrie, Maschinenbau

Handelspartner: D, USA, F, I

Internationaler Kapitalverkehr: beliebter Investitionsstandort, Schweizer als Investoren im Ausland

Kapitalerträge aus Ausland 20% des BIP

40-50% des Volkseinkommens durch Transaktionen mit Ausland

internationale Orientierung: hohe Verflechtung über Kontakte, Technologie, Politik

eines der globalisiertesten Länder der Welt

14.3. **Aussenpolitische Anpassungsprozesse.**

- aussenpolitische Anpassungsprozesse wegen
 - geopolitische Veränderungen
 - weltwirtschaftliche Verflechtung
- Geschichte:
 - 1986 UNO-Beitritt: abgelehnt, Debakel für Regierung
 - 1992 EWR abgelehnt
 - 2002 UNO-Beitritt
 - 2000-2005 Bilaterale mit EU
- Neutralität:
 - im 18. Jahrhundert ursprünglich wichtiges Mittel zur Konfliktvermeidung im Innern wie im Äusseren
 - in Weltkriegen mit starker Armee aus Konflikten herausgehalten

- ab 1993 Neutralität nicht mehr im Zentrum
- identitätsstiftende Wirkung
- Ziele der neuen Bundesverfassung vom 1.1.2000
 - Friedliches Zusammenleben der Völker
 - Achtung der Menschenrechte und Förderung der Demokratie
 - Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen
 - Wahrung der Interessen der schweizer Wirtschaft im Ausland
 - Linderung von Not und Armut in der Welt
- aussenpolitische Entscheidungen:
 - seit 1980 aussenpolitische Geschäfte verdoppelt
 - wichtigsten Partner sind Nachbarländer
 - Entscheidungsprozesse geschlossener, von Exekutive dominiert

14.3.1. *Grenzen der aussenpolitischen Öffnung.*

- konstitutionierende Elemente
 - direkte Demokratie
 - Föderalismus
 - Konkordanz
- aussenpolitische Geschäfte in Öffentlichkeit unsichtbar, fundamentale Änderungen vom Volkswillen abhängig, zT abhängig vom Ständemehr

14.4. **Ausblick.**

- Schweiz setzt auf Souveränitäts-schonendes Vorgehen
 - Einfluss auf andere Staaten klein
 - Lösung grenzüberschreitender Probleme zeitraubend, kompliziert
- Neutralität: obsolet durch globale Systeme kollektiver Sicherheit
- Abseitsstehen von EU nicht Souveränitäts-schonend
"Schweiz am Rockzipfel der Grossmächte"